Niederschrift

Nr. 2a

über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates der VRR AöR am Donnerstag, den 09.07.2026, 11:00 Uhr, Wissenschaftspark Gelsenkirchen, Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen, Konferenzsaal

---

Anwesende (lt. Anwesenheitsliste)

Vorsitzender

Herr Christoph Gerwers

CDU ordentliche Mitglieder

Herr Frank Berger, Herr Ulrich Beul, Herr Dirk Brügge, Herr Guido Görtz, Frau Alexandra Gräber, Herr Dr. Benedikt Gräfingholt, Herr Thomas Hahnel-Müller, Herr Michael Heck, Herr Frank Heidenreich, Herr Thomas Kracke, Herr Johannes Kraft, Herr David A. Lüngen, Herr Matthias Nienhoff, Herr Denis Osmann, Herr Hans-Jürgen Petrauschke, Herr Rainer Röder, Frau Laura Ann Rosen, Herr Dirk Schmidt-Waerdt, Frau Sarah Timmerberg, Herr Rainer Voigt

SPDplus ordentliche Mitglieder

Herr Axel Barton, Herr Detlef Ehlert, Frau Sigrid Eicker, Herr Roberto Gentilini, Herr Bernd Goerke, Herr Rüdiger Lehr, Herr Dieter Lieske, Herr Jürgen Preuß, Herr Norbert Schilff

Bündnis 90/Die Grünen ordentliche Mitglieder

Herr Norbert Czerwinski, Frau Martina Foltys-Banning, Herr Timo Schmidt, Frau Petra Schmidt-Niersmann

AfD ordentliche Mitglieder

Herr Markus-Julius Maximus Alinaghi, Herr Alexander Schaary

Unternehmensvertreter ordentliche Mitglieder

Herr Michael Feller, Herr Ulrich Jaeger, Herr Stephan Lommetz

CDU stellvertretende Mitglieder

Herr Lars Becker, Herr Udo Bovenkerk, Herr Luca Ducrée, Herr Dr. Stephan Kopp, Frau Dipl. Ing. Ella Luff, Frau Britta Miltner, Frau Tatjana Pfotenhauer, Herr Mirko Rohloff, Herr Simon Schmitz, Frau Birgit Wöltering

SPDplus stellvertretende Mitglieder

Herr Horst Fischer, Herr Martin Linne, Herr Heinz Ritters

Unternehmensvertreter stellvertretende Mitglieder

Herr Werner Overkamp

Berater/Gäste

Herr Christian Drelmann, Herr Lothar Ebbers, Herr Jürgen Eichel, Frau Katrin Erwig

Vorstand VRR AöR

Herr Oliver Wittke

Verwaltung

Herr Dr. Dieter Bayer, Herr Ulrich Haller, Frau Simone Mathea-Schönfeld, Herr Dino Niemann, Herr Marc Nüßen, Herr Rolf Ommen, Herr Georg Seifert, Herr Vinko Telenta

Schriftführer/stellv. Schriftführer

Frau Manuela Stanik

T a g e s o r d n u n g

		Drucksache-Nr.:
1.	Form und Frist der Ladung	
2.	Beschlussfähigkeit und Tagesordnung	
3.	Feststellung von Ausschließungsgründen	
4.	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 25.03.2026	
5.	Bestätigung der Inhouse-Kommission Regiobahn	GP/XI/2026/0045
6.	Sachstandsbericht	GP/XI/2026/0043
7.	Förderkatalog 2027 gem. §12 ÖPNVG NRW	F/XI/2026/0046
8.	Jahresabschluss der VRR AöR für das Jahr 2025 und Entlastung des Vorstandes	C/XI/2026/0047
9.	Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses des ZV VRR, des ZV VRR FaIn-EB sowie der VRR AöR für das Jahr 2027	C/XI/2026/0050
10.	BVR Dieselsonderumlage 2026	O/XI/2026/0052
11.	Aktualisierung der VRR-Richtlinie "Kommunale Produkte / Liniennummernsystem"	O/XI/2026/0053
12.	Neuaufstellung VRR-Richtlinie "ÖSPV-Haltestellenausstattung im VRR"	O/XI/2026/0054
13.	Prozess zur Vereinheitlichung der Ausstattung von Linienbussen im VRR	O/XI/2026/0055
14.	Qualitätsbericht SPNV 2025	S/XI/2026/0056
15.	Sicherheitsbericht NRW 2025	S/XI/2026/0057
16.	Tarifangelegenheiten	M/XI/2026/0058
17.	Marketingangelegenheiten	M/XI/2026/0059
18.	Antrag der CDU: "Deutschlandticket für alle Bürgergeldempfänger / Grundsicherungsempfänger"	
19.	Aktueller Stand SPNV-Strukturreform	
20.	Anfragen und Mitteilungen	

Herr Gerwers eröffnet die Sitzung des Verwaltungsratest der VRR AöR und begrüßt die anwesenden Mitglieder. Anschließend gratuliert er Frau Rosen im Namen des Gremiums herzlich zu ihrem Geburtstag.

1. Form und Frist der Ladung

Herr Gerwers stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung des Verwaltungsrates fest.

2. Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit des Verwaltungsrates wird festgestellt. Die Tagesordnung wird genehmigt.

Der Verwaltungsrat einigt sich einstimmig darauf, die nachfolgenden Abstimmungen zur Erleichterung der Auszählung auf Basis der Stärke der von den Fraktionen des ZV VRR entsandten Mitgliedern durchzuführen. Grundlage dafür ist die von den Mitgliedern unterschriebene Anwesenheitsliste der Sitzung. Die Stärke in der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates wird wie folgt festgestellt:

CDU:	26 stimmberechtigte Mitglieder
SPDplus:	12 stimmberechtigte Mitglieder
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4 stimmberechtigte Mitglieder
AfD:	2 stimmberechtigte Mitglieder

3. Feststellung von Ausschließungsgründen

Es liegen keine Ausschließungsgründe vor.

4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 25.03.2026

Der Verwaltungsrat der VRR AöR genehmigt einstimmig die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 25.03.2026.

5. Bestätigung der Inhouse-Kommission Regiobahn
Vorlage: GP/XI/2026/0045

Der Verwaltungsrat der VRR AöR bestätigt einstimmig den in der Sachverhaltsdarstellung beschriebenen gefassten Beschluss des Vergabeausschusses der VRR AöR vom 26.03.2026 gemäß § 19 Absatz 6 Satz 1 der Satzung der VRR AöR.

6. Sachstandsbericht
Vorlage: GP/XI/2026/0043

Der Verwaltungsrat der VRR AöR nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

7. Förderkatalog 2027 gem. §12 ÖPNVG NRW
Vorlage: F/XI/2026/0046

Herr Gerwers verweist auf den gemeinsamen Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU, SPDplus und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Förderkatalog.

Herr Heidenreich stellt den gemeinsamen Ergänzungsantrag vor. Er erläutert, dass die Reaktivierung der Walsumbahn durch die Aufnahme der Leistungsphase 2 in den Förderkatalog weiter vorangebracht werden soll. Zudem soll die Verwaltung Gespräche mit der DB InfraGO aufnehmen, um die weiteren Planungsschritte zügig einzuleiten. Darüber hinaus verfolgt der Antrag das Ziel, weitere Reaktivierungsmaßnahmen im Verbundgebiet daraufhin zu prüfen, ob sie aufgrund ihres Planungsstandes bereits die Voraussetzungen für eine Förderung nach § 12 ÖPNVG NRW erfüllen oder kurzfristig erfüllen können. Die Verwaltung soll hierzu einen Überblick sowie eine fachliche Priorisierung möglicher Maßnahmen vorlegen. Als Beispiele nennt Herr Heidenreich die Ruhrtalbahn und den zweigleisigen Ausbau Essen-Dellwig. Die verfügbaren Mittel sollten gezielt eingesetzt werden, um wichtige Schienenprojekte schneller voranzubringen.

Herr Goerke bekräftigt die Intention des Antrags und betont, dass im Verbundgebiet weiterhin zahlreiche Schienenprojekte bestehen, die planerisch oder in der Umsetzung noch nicht so weit vorangekommen sind wie gewünscht. Deshalb ist es sinnvoll, die vorhandenen Fördermöglichkeiten konsequent zu nutzen, um weitere Reaktivierungs- und Infrastrukturmaßnahmen

voranzubringen. Die von Herrn Heidenreich genannten Beispiele unterstützt er. Weitere Vorhaben im VRR-Gebiet könnten ebenfalls betrachtet werden. Aus seiner Sicht gibt es noch erhebliches Entwicklungspotenzial im Schienenverkehr, weshalb verfügbare Mittel möglichst zielgerichtet für die Vorbereitung und Beschleunigung entsprechender Projekte eingesetzt werden sollten.

Herr Wittke berichtet anschließend über eine positive Entwicklung bei der Ratinger Weststrecke. In der vergangenen Woche konnte eine Rahmenvereinbarung mit der Deutschen Bahn für den Ausbau der Strecke unterzeichnet werden. Damit ist ein wichtiger erster Schritt erfolgt und die weitere Planung kann vorangetrieben werden. Die Ratinger Weststrecke ist ein bedeutendes Infrastrukturprojekt für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr.

Herr Schaary erklärt für die AfD-Fraktion die Zustimmung zum Antrag. Er begrüßt insbesondere die Unterstützung der Walsumbahn und verweist darauf, dass zahlreiche Projekte aus seiner Sicht bislang nicht mit der gewünschten Geschwindigkeit umgesetzt werden konnten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Gerwers den ergänzten Beschlussvorschlag gemäß Drucksache inkl. Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

Der Verwaltungsrat der VRR AöR fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1) Der Verwaltungsrat der VRR AöR beschließt einstimmig den VRR-Förderkatalog 2027 nach § 12 ÖPNVG NRW gemäß Anlage zu dieser Drucksache.
2) Der Verwaltungsrat der VRR AöR nimmt den Sachverhalt zur Finanzierung der Maßnahme „RRX-Planungsbereich Knoten Dortmund“ zur Kenntnis.
3) Der Verwaltungsrat beschließt die Aufnahme der Förderung der Leistungsphase 2 HOAI der Walsumbahn in den Förderkatalog 2027 gemäß § 12 ÖPNVG NRW.
4) Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah Gespräche mit der DB InfraGO AG aufzunehmen, mit dem Ziel, die Leistungsphasen 1 und 2 HOAI für die Walsumbahn zügig einzuleiten und die Voraussetzungen für eine zeitnahe Umsetzung der Planung zu schaffen.
5) Die Verwaltung legt den politischen Gremien einen Sachstandsbericht

darüber vor, welche weiteren Reaktivierungsmaßnahmen im Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr aufgrund ihres erreichten Planungsstandes die Voraussetzungen für eine Förderung nach § 12 ÖPNVG NRW bereits erfüllen oder kurzfristig erfüllen können. Darüber hinaus ist darzustellen, welche Priorisierung sich hieraus aus fachlicher Sicht für eine zukünftige Aufnahme in den Förderkatalog ergibt.

8. Jahresabschluss der VRR AöR für das Jahr 2025 und Entlastung des Vorstandes
Vorlage: C/XI/2026/0047

Der Verwaltungsrat der VRR AöR fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- Der Verwaltungsrat der VRR AöR stellt den Jahresabschluss der VRR AöR zum 31.12.2025 mit einer Bilanzsumme von 1.313.157.741,54 € und einem Jahresüberschuss von 1.398.626,51 € fest.
- Der Verwaltungsrat der VRR AöR beschließt, den Jahresüberschuss 2025 in Höhe von 1.398.626,51 € der Kapitalrücklage zuzuführen.
- Dem Vorstand der VRR AöR wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.

9. Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses des ZV VRR, des ZV VRR FaIn-EB sowie der VRR AöR für das Jahr 2027
Vorlage: C/XI/2026/0050

Herr Heidenreich weist darauf hin, dass für die Beauftragung des Wirtschaftsprüfers grundsätzlich ein turnusmäßiger Wechsel nach fünf Jahren vorgesehen sei. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird dieser Turnus einmalig überschritten. Vor dem Hintergrund der laufenden Neuorganisation des SPNV in Nordrhein-Westfalen und der Gründung von Schiene.NRW hält er die vorgesehene Verlängerung jedoch für sachgerecht, um während dieses Umbruchprozesses Kontinuität zu gewährleisten. Gleichzeitig macht er für die CDU-Fraktion deutlich, dass nach Abschluss der Neustrukturierung wieder zum vorgesehenen Turnus zurückgekehrt und ein Wechsel des Wirtschaftsprüfers vollzogen werden soll.

Der Verwaltungsrat der VRR AöR beschließt einstimmig, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Märkische Revision GmbH mit der Prüfung des

Jahresabschlusses 2027 für die VRR AöR zu beauftragen.

10. BVR Dieselsonderumlage 2026 Vorlage: O/XI/2026/0052

Der Verwaltungsrat der VRR AöR beschließt einstimmig die Dieselsonderumlage in Form des geänderten Verbundetat 2026 (Anlage zu dieser Drucksache – Ergänzung zu Anlage 1 Verbundetat 2026, Seite 57a).

11. Aktualisierung der VRR-Richtlinie "Kommunale Produkte / Liniennummernsystem" Vorlage: O/XI/2026/0053

Herr Berger erläutert, dass der Tagesordnungspunkt und die vorherige Diskussion in den Ausschüssen durch Irritationen in den Kreisen Mettmann und Wesel ausgelöst worden sind. Er stellt fest, dass nun eine einvernehmliche Beschlussfassung möglich ist. Positiv hebt er hervor, dass die VRR-Verwaltung das Thema nach Bekanntwerden der Irritationen schnell und unkompliziert aufgegriffen hat. Für den Umgang mit der Angelegenheit und die gefundene Lösung spricht er der Verwaltung seinen ausdrücklichen Dank aus.

Der Verwaltungsrat der VRR AöR fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die VRR-Richtlinie „Kommunale Produkte / Liniennummernsystem“ wird auf den als Anlage zur Drucksache beigefügten Stand aktualisiert.

12. Neuaufstellung VRR-Richtlinie "ÖSPV-Haltestellenausstattung im VRR" Vorlage: O/XI/2026/0054

Der Verwaltungsrat der VRR AöR fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Haltestellenrichtlinie VRR-Richtlinie „ÖSPV-Haltestellenausstattung im VRR“ wird auf den als Anlage 1 beigefügten Stand aktualisiert. Zudem wird empfohlen die unter Punkt 3 beschriebene Aktualisierung der Grafik auf Seite 8 mit Beschlussfassung der „Aktualisierung der VRR-Richtlinie "Kommunale Produkte / Liniennummernsystem““ (Drucksache Nr. O/XI/2026/0053) vorzunehmen.

13. Prozess zur Vereinheitlichung der Ausstattung von Linienbussen im VRR Vorlage: O/XI/2026/0055

Der Verwaltungsrat der VRR AöR nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

14. Qualitätsbericht SPNV 2025 Vorlage: S/XI/2026/0056

Der Verwaltungsrat der VRR AöR nimmt den Qualitätsbericht SPNV 2025 zur Kenntnis.

15. Sicherheitsbericht NRW 2025 Vorlage: S/XI/2026/0057

Herr Gerwers verweist auf den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion zum Einsatz KI-gestützter Videoanalyse zur Verbesserung der Sicherheit und zum Schutz der kritischen Infrastruktur im öffentlichen Personennahverkehr.

Herr Heidenreich stellt den Antrag zur Förderung KI-gestützter Videoanalyse vor. Er erläutert, dass sich Politik und Gremien bereits seit längerer Zeit mit den Möglichkeiten moderner Überwachungs- und Sicherheitssysteme beschäftigen. Solche Systeme könnten dazu beitragen, Gefahrensituationen an Bahnhöfen und in Fahrzeugen frühzeitig zu erkennen, beispielsweise bei Übergriffen, Stürzen oder gefährlichen Situationen an Bahnsteigen. Darüber hinaus sieht er Potenziale beim Schutz kritischer Infrastruktur sowie bei der Erkennung von Vandalismus und Graffiti. Er betont, dass der Einsatz von KI nicht dazu dienen soll, Beschäftigte zu ersetzen, sondern diese bei ihrer Arbeit zu unterstützen und zu entlasten. Gleichzeitig verweist er auf die Notwendigkeit, datenschutzrechtliche und technische Fragestellungen sorgfältig zu prüfen. Perspektivisch könnten intelligente Systeme auch dazu beitragen, in Gefahrensituationen unmittelbar auf Betroffene einzuwirken oder Sicherheitskräfte gezielt zu informieren. Ziel des Antrags ist es daher, die weiteren Entwicklungen aktiv zu begleiten und zu prüfen, wie Verkehrsunternehmen bei entsprechenden Pilot- und Umsetzungsprojekten finanziell unterstützt werden können.

Herr Schaary erklärt für die AfD-Fraktion die Unterstützung des Antrags. Er

bedauert die zunehmenden Gewalt- und Vandalismusvorfälle im öffentlichen Raum und sieht in dem Einsatz moderner Technologien eine sinnvolle Möglichkeit, die Sicherheit der Fahrgäste zu erhöhen. Er verbindet damit die Erwartung, dass sich die Sicherheitslage im ÖPNV weiter verbessert.

Der Verwaltungsrat der VRR AöR beschließt den Antrag der CDU-Fraktion einstimmig.

Darüber hinaus nimmt der Verwaltungsrat der VRR AöR den Sicherheitsbericht NRW 2025 gemäß Anlage zu dieser Drucksache zur Kenntnis.

16. Tarifangelegenheiten
Vorlage: M/XI/2026/0058

Herr Czerwinski weist auf die derzeit uneinheitliche Entwicklung beim Deutschlandticket Schule und dem SchokoTicket hin. Er merkt an, dass Kommunen hier zu unterschiedlichen Entscheidungen gelangen und dadurch eine heterogene Situation entsteht. Er bedauert diese Entwicklung und erinnert daran, dass man auf eine Anpassung der landesseitigen Regelungen gehofft habe. Aus seiner Sicht sollte das Land die Thematik nochmals aufgreifen und die bestehenden Regelungen überprüfen.

Darüber hinaus greift er die Frage eines Sozialtickets auf. Er merkt an, dass die zwischenzeitlich diskutierte Lösung über das eezyTicket bislang nicht umgesetzt worden sei, und erkundigt sich nach dem aktuellen Stand sowie den weiteren Perspektiven.

Herr Wittke bestätigt, dass die ausstehende Neuregelung der Schülerfahrkosten weiterhin eine Herausforderung darstellt. Er berichtet von Gesprächen mit der Schulministerin, in denen angekündigt worden ist, das Thema im Zuge einer umfassenderen Reform nach der nächsten Landtagswahl neu zu ordnen. Positiv bewertet er, dass der aktuelle Erlass nun für zwei Jahre gilt und damit mehr Planungssicherheit bietet als bisher.

Zudem bedauert **Herr Wittke**, dass sich einige Schulträger für einen Ausstieg aus dem Deutschlandticket Schule und eine Rückkehr zum SchokoTicket entschieden haben. Er weist darauf hin, dass die finanziellen Auswirkungen stets im

Gesamtzusammenhang betrachtet werden müssten und der VRR hierzu entsprechende Informationen auch den kommunalen Spitzenverbänden und Verkehrsunternehmen zur Verfügung gestellt hat.

A) Beschlüsse VRR AöR

1. Abschaffung FirmenTicket 100/00-Modell

Der Verwaltungsrat der VRR AöR beschließt einstimmig die Abschaffung des FirmenTickets 100/100-Modells zum 28.02.2027. Eine Preisanpassung zum 01.01.2027 wird nicht mehr vorgenommen.

2. Änderungen Tarifbestimmungen DeutschlandTicket

Der Verwaltungsrat der VRR AöR beschließt einstimmig die Anpassung der VRR-Tarifbestimmungen auf Grundlage der Änderungen der bundesweiten Deutschlandticket-Tarifbestimmungen im Hinblick auf die Einführung einer Positivliste für DeutschlandTickets. Ab dem 01.05.2026 wird ein DeutschlandTicket ausschließlich als gültig anerkannt, wenn es von einem Unternehmen ausgegeben worden ist, das auf der Liste der teilnehmenden Unternehmen (Positivliste) steht.

3. Ergänzung Mitnahmeoption bei 1. Klasse-Nutzung in eezy.nrw im VRR

Der Verwaltungsrat der VRR AöR beschließt einstimmig, in Ergänzung zum Beschluss gemäß Drucksache Nr. M/XI/2026/0030 (Ziffer 3 der Beschlüsse) die Zubuchung der 1. Klasse für Hauptnutzende und Mitnahmen in eezy.nrw im VRR ohne Check-In des jeweils Hauptnutzenden in die Tarifbestimmungen von eezy.nrw im VRR aufzunehmen.

B) Sachstände

Der Verwaltungsrat der VRR AöR nimmt die Sachstände (B) zur Kenntnis.

17. Marketingangelegenheiten
Vorlage: M/XI/2026/0059

Der Verwaltungsrat der VRR AöR nimmt die Sachstände gemäß dieser Drucksache zur Kenntnis.

18. Antrag der CDU: "Deutschlandticket für alle Bürgergeldempfänger / Grundsicherungsempfänger"

Herr Gerwers verweist auf den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Czerwinski erklärt, dass der vorliegende Antrag die Komplexität der Thematik und die damit verbundenen Herausforderungen deutlich mache. Er begrüßt grundsätzlich die Zielrichtung des Antrags und spricht sich für eine Unterstützung aus. Gleichzeitig regt er zwei Ergänzungen an.

Zum einen schlägt er vor, die Prüfung um die Frage zu erweitern, inwieweit eine Widerspruchslösung berücksichtigt werden kann. Zum anderen bittet er darum, bei den weiteren Prüfungen auch die bundes-, landes- und kommunalrechtlichen Zuständigkeiten sowie deren Auswirkungen auf die Finanzierung zu betrachten.

Darüber hinaus verweist **Herr Czerwinski** auf die Bedeutung sozialer Mobilitätsangebote für die gesellschaftliche Teilhabe. Aus seiner Sicht sollte geprüft werden, wie finanzielle Unterstützung möglichst zielgerichtet bei den Anspruchsberechtigten ankommen kann, ohne die notwendige Wahlfreiheit einzuschränken. Insgesamt signalisiert er die Zustimmung seiner Fraktion zum Antrag unter der Voraussetzung, dass die genannten Ergänzungen am Antrag vorgenommen werden.

Herr Goerke erklärt, dass die SPDplus-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird. Er stellt grundsätzlich infrage, ob der VRR der geeignete Adressat für die im Antrag aufgeworfenen Fragestellungen sei. Angesichts der aktuellen Herausforderungen und laufenden Prozesse im Zusammenhang mit Schiene.NRW und weiteren zentralen Themen sieht er die Zuständigkeit für eine solche Initiative eher bei Bund und Ländern.

Inhaltlich äußert er Zweifel an dem vorgeschlagenen Ansatz. Zwar sei es nachvollziehbar, über Möglichkeiten zur finanziellen Entlastung von Fahrgästen nachzudenken, jedoch hält er es nicht für zielführend, die Finanzierung über die Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV beziehungsweise bestimmte Personengruppen zu organisieren. Aus seiner Sicht wirft der Vorschlag zudem zahlreiche offene Fragen hinsichtlich Zuständigkeiten, Finanzierungsgrundlagen

und praktischer Umsetzung auf.

Herr Goerke betont, dass es sich dabei um Themen handelt, die auf Bundes- und Landesebene geklärt werden müssten. Daher lehnt die SPDplus-Fraktion den Antrag ab.

Herr Berger erläutert, dass der Antrag bewusst als Prüfauftrag formuliert worden ist und den Einstieg in die Diskussion ermöglichen soll. Die Antragsteller sind sich bewusst, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht alle rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Fragestellungen abschließend beantwortet werden können. Viele der von Herrn Czerwinski angesprochenen Aspekte sind aus seiner Sicht berechtigt und würden im weiteren Verfahren vertieft betrachtet werden müssen. Daher spricht er sich dafür aus, den Antrag zunächst in der vorliegenden Form auf den Weg zu bringen.

Zu den von Herrn Goerke geäußerten Bedenken hinsichtlich der Zuständigkeit des VRR führt **Herr Berger** aus, dass der Vorstoß gerade deshalb erfolgt ist, weil auf anderen Ebenen bislang keine entsprechenden Lösungen entwickelt worden sind. Aus seiner Sicht ist es sinnvoll, die Diskussion anzustoßen und den bestehenden Handlungsbedarf aufzuzeigen. Die weitergehenden Fragen zur rechtlichen Ausgestaltung und Finanzierung sind anschließend auf den jeweils zuständigen Ebenen zu klären.

Abschließend erklärt **Herr Berger**, dass die antragstellende CDU-Fraktion an dem vorliegenden Antrag festhalten und die vorgeschlagenen Änderungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht übernehmen werden. Der Antrag soll daher in seiner ursprünglichen Fassung zur Abstimmung gestellt werden.

Herr Gerwers stellt zunächst die folgende gewünschte Ergänzung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

c) in welcher Form Mobilitätsleistungen als Sach-, Infrastruktur- oder ergänzende Sozialleistung rechtssicher ausgestaltet werden können; und wie eine Widerspruchslösung zu ermöglichen ist.
d) welche bundes-, landes- und kommunalrechtlichen Zuständigkeiten betroffen sind; einschließlich der Kostensteigerungen des Deutschlandtickets

Für die Ergänzung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der CDU-Fraktion stimmen 4 Mitglieder. Das Ergebnis der weiteren Abstimmung zeigt 39 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

Im Anschluss stellt **Herr Gerwers** den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung. Der Verwaltungsrat der VRR AöR fasst mehrheitlich mit 28 Stimmen, 12 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Vorstand der VRR AöR wird um die Erarbeitung eines Konzepts und eines Rechtsgutachtens zur rechtssicheren Einführung des Deutschlandtickets als Sachleistung für alle Bürgergeldempfänger/ Grundsicherungsempfänger gebeten.

A) Zunächst ist eine Machbarkeitsstudie zu erstellen bestehend aus folgenden Inhalten:

   1. Welche rechtlichen Voraussetzungen müssen dazu erfüllt werden?
   2. Welche Rechtsnormen müssen dazu geändert werden?
   3. Wie ist der Zahlungsfluss vom Bund zu den zuständigen kommunalen Stellen zu organisieren?
   4. Welche finanziellen, organisatorischen und verkehrspolitischen Auswirkungen für Kommunen, Verkehrsverbünde und Aufgabenträger können dadurch entstehen?

B) Dann ist auf der Grundlage des Grobkonzepts ggfls. ein Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, dass die rechtlichen, verfassungsrechtlichen, sozialrechtlichen, finanzverfassungsrechtlichen sowie europarechtlichen Voraussetzungen zur Einführung eines bundesweit nutzbaren vergünstigten oder kostenfreien Mobilitätstickets für Leistungsbeziehende nach dem SGB II, SGB XII sowie weiterer einkommensabhängiger Sozialleistungen (Etablierung des Deutschlandtickets als Sachleistung) prüft.

   Hierbei ist insbesondere untersuchen zu lassen

   a. ob und unter welchen Voraussetzungen bestehende Mobilitätsanteile innerhalb der Regelbedarfssystematik berücksichtigt, angepasst oder

teilweise durch infrastrukturelle Mobilitätsleistungen ersetzt werden können;

b. ob Anforderungen aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum menschenwürdigen Existenzminimum einem solchen Mobilitätsticket entgegenstehen;

c. in welcher Form Mobilitätsleistungen als Sach-, Infrastruktur- oder ergänzende Sozialleistung rechtssicher ausgestaltet werden können;

d. welche bundes-, landes- und kommunalrechtlichen Zuständigkeiten betroffen sind;

e. welche Änderungen insbesondere im SGB II, im Personenbeförderungsgesetz, im Regionalisierungsgesetz, im Regelbedarfsermittlungsgesetz sowie gegebenenfalls im Finanzverfassungsrecht und den jeweiligen ÖPNV-Gesetzen erforderlich wären;

f. welche europarechtlichen Vorgaben, insbesondere des Beihilfe- und Vergaberechts, zu beachten sind

19. Aktueller Stand SPNV-Strukturreform

Herr Wittke berichtet über die Fortschritte bei der Gründung von Schiene.NRW. In der vergangenen Woche konnte zwischen den drei Aufgabenträgern Einigkeit über den Entwurf der Satzung erzielt werden. Damit sind wesentliche organisatorische Fragen, unter anderem zu Struktur, Standort und Ausgestaltung der neuen Organisation, vorläufig geklärt. Die endgültigen Entscheidungen stehen jedoch noch unter dem Vorbehalt der Beschlussfassungen in den zuständigen Gremien.

Weiter führt **Herr Wittke** aus, dass auch bei der organisatorischen Ausgestaltung wichtige Fortschritte erzielt worden sind. So konnten sich die drei Aufgabenträger im Lenkungskreis auf Zuschnitte der künftigen drei Vorstandsbereiche einigen. Für die kommenden Wochen kündigt er weitere Beratungen unter anderem zu

Personalfragen, dem Personalübergang, organisatorischen Strukturen und der Geschäftsordnung an. Dabei betont er die konstruktive Zusammenarbeit der beteiligten Aufgabenträger und hebt hervor, dass unterschiedliche Auffassungen inzwischen weitgehend ausgeräumt sind.

Parallel dazu finden Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden, Landräten, Oberbürgermeistern sowie Personal- und Betriebsvertretungen statt. Ziel ist es, die kommunale Ebene und die Beschäftigten frühzeitig in den Aufbauprozess einzubinden. **Herr Wittke** unterstreicht, dass die Akzeptanz und Mitwirkung der Mitarbeitenden für den Erfolg von Schiene.NRW von zentraler Bedeutung ist.

Abschließend weist er darauf hin, dass insbesondere in den anderen Landesteilen neben dem Aufbau von Schiene.NRW auch umfangreiche organisatorische Anpassungen innerhalb der bestehenden Verbundstrukturen zu bewältigen seien. Dies erfordert Zeit und Verständnis für die komplexen Abstimmungsprozesse. Die Gremien des VRR würden weiterhin regelmäßig über den Fortgang des Projekts informiert.

Ergänzend hebt **Herr Wittke** hervor, dass der Aufbau von Schiene.NRW von zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Organisationen getragen wird. In verschiedenen Arbeitsgruppen wird intensiv an den fachlichen und organisatorischen Fragestellungen gearbeitet. Besonders würdigt er die Rolle von Dr. Dieter Bayer, Georg Seifert und Vinko Telenta, die die Arbeiten im Lenkungskreis und in den Projektgruppen koordinieren und vorantreiben.

Positiv bewertet er zudem, dass der Aufbauprozess weitgehend mit eigenen personellen und fachlichen Ressourcen bewältigt wird. Dies zeigt die hohe Leistungsfähigkeit und Expertise der beteiligten Organisationen. Aus seiner Sicht ist es der richtige Ansatz, auf das Wissen und die Erfahrung der eigenen Fachleute zu setzen, um die neue Organisation erfolgreich aufzubauen.

Herr Heidenreich spricht allen Beteiligten, insbesondere Herrn Wittke, der Verwaltung und den Mitarbeitenden, seinen Dank für die bisher geleistete Arbeit aus. Er würdigt den großen Einsatz, mit dem die Gründung von Schiene.NRW vorangetrieben wurde und wird, und hebt hervor, dass der VRR dabei eine wichtige inhaltliche und organisatorische Rolle übernommen hat. Ohne dieses

Engagement wäre die Entwicklung aus seiner Sicht nicht in der bisherigen Geschwindigkeit möglich gewesen.

Inhaltlich begrüßt er, dass der SPNV weiterhin in der kommunalen Verantwortung verankert bleibt und die Interessen der Kommunen im neuen Konstrukt angemessen berücksichtigt wird. Positiv bewertet er zudem, dass durch die neuen Regelungen finanzielle Risiken für die kommunale Ebene begrenzt werden konnten.

Darüber hinaus betont **Herr Heidenreich** die Bedeutung einer engen Verzahnung von SPNV und ÖPNV. Es ist wichtig, dass auch künftig integrierte Planungen und abgestimmte Nahverkehrsangebote ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang sieht er die bestehenden Verbünde weiterhin in einer wichtigen Rolle.

Abschließend weist er darauf hin, dass mit der Gründung von Schiene.NRW weitere Fragen zur kommunalen Beteiligung und zur Einbindung der politischen Gremien zu klären sind. Aus Sicht der CDU-Fraktion muss sichergestellt werden, dass die kommunalen Aufgabenträger auch künftig angemessen eingebunden werden und der VRR seine Funktion als zentrale Schnittstelle für die Städte und Kreise weiterhin wahrnehmen kann. Insgesamt zeigt er sich zuversichtlich, dass die anstehenden Aufgaben gemeinsam erfolgreich bewältigt werden.

Herr Czerwinski schließt sich dem Dank an die Mitglieder des Lenkungskreises und die beteiligten Mitarbeitenden an. Er hebt hervor, dass die Erarbeitung der Grundlagen für Schiene.NRW fachlich fundiert und in vergleichsweise kurzer Zeit gelungen ist. Positiv bewertet er insbesondere, dass die Verständigung zwischen den beteiligten Aufgabenträgern auf fachlicher Ebene erfolgt ist und ohne umfangreiche externe Unterstützung erreicht werden konnte.

Gleichzeitig weist er darauf hin, dass im Zuge der Gründung von Schiene.NRW auch die künftige Rolle der Verbünde weiter zu diskutieren und zu definieren ist. Aus seiner Sicht wird der VRR weiterhin wichtige Aufgaben wahrnehmen, insbesondere im Zusammenhang mit der Nahverkehrsplanung und der Weiterentwicklung des ÖPNV. Die bisherigen positiven Entwicklungen und Veränderungen gilt es dabei aufzugreifen und fortzuführen. Insgesamt blickt er der weiteren Ausgestaltung des neuen Systems positiv entgegen.

20. Anfragen und Mitteilungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Herr Gerwers schließt die öffentliche Sitzung.

Christoph Gerwers	Manuela Stanik
Vorsitzender	Schriftführerin